A-09-429 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Jan Beckstedde (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 428 bis 429 einfügen:
einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.

Afghanistan: für Frieden in Freiheit eintreten

Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan“ wurde eingeräumt, dass die NATO in Afghanistan strategisch gescheitert ist und die Bundesrepublik eine ihrer größten außenpolitischen Niederlagen erlitten hat.
Dieser Niederlage sind die Verhandlungen zwischen Taliban und USA in Doha (Afghanistan Abkommen) vorangegangen. Die gewählte afghanische Regierung und die NATO-Verbündeten der USA waren nicht in die Vertragsverhandlungen einbezogen.

Die Fehler, die seitens der NATO und den deutschen Regierungen in Afghanistan gemacht wurden, lassen sich ebenso wenig rückgängig machen, wie der Fehler, in dieser Situation als NATO-Partner der USA nicht beherzter einzugreifen. Bereits damals hätte man wissen können, dass alle Behauptungen, die ‚neuen‘ Taliban seien moderater als die ‚alten‘, dass sie Frauenrechte und die UN-Konventionen achten würden, falsch waren.

Inzwischen versuchen auch die pakistanischen Taliban (TTP = Tehrik-i-Taliban Pakistan) mithilfe der Taliban-Regierung in Afghanistan an die Macht zu kommen. Sollte ihnen dies gelingen, sind die Menschenrechte und insbesondere die Rechte der Frauen auch in Pakistan in Gefahr. Gleichzeitig hat diese Lage die pakistanische Regierung dazu veranlasst Afghanistan anzugreifen. Die Menschen in Afghanistan – auch Frauen, die als Ärztinnen und Gynäkologinnen trotz Fluchtmöglichkeit Land geblieben sind um afghanische Frauen zu unterstützen, die sonst nicht behandelt werden – sind daher sowohl von innen als auch von außen in ihren Rechten und in ihrer Sicherheit bedroht. In Pakistan sitzen zudem seit 2021 über 2000 ehemalige deutsche Ortskräfte fest und werden, während sie auf die versprochenen Visa aus Deutschland warten, von der pakistanischen Regierung nach Afghanistan abgeschoben, wo sie verfolgt und mit dem Tod bedroht sind.

Der Abschlussbericht der Enquête-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes gemachten Fehler liegt seit dem 31.01.2025 vor. Er liefert eine klare Analyse der während des Einsatzes gemachten Fehler. Einer der wichtigsten Punkte waren falsche Allianzen mit Personen und Gruppierungen, die ihrerseits hätten wegen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden müssen und die teilweise bis heute auf freiem Fuß sind – und umgekehrt die fehlende Kenntnis der lokalen Strukturen und damit auch fehlende Kontakte zu Personen, die ausgehend vom afghanischen Kontext demokratische Strukturen hätten aufbauen können, die Menschenrechte schützen und wahren.

Anstatt aus solchen Fehlern zu lernen, verhandelt die aktuelle Regierung mit dem verbrecherischen Regime in Kabul, um Menschen nach Afghanistan abschieben zu können. Die damit verbundene diplomatische Anerkennung eines Terrorregimes, der mögliche Einzug von Mitgliedern der Taliban in das Generalkonsulat in Bonn und das Hissen der Flagge der Taliban in Berlin und Bonn ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die sich für ein demokratisches Afghanistan eingesetzt haben, weiterhin

einsetzen und die hierdurch – auch in Deutschland – gefährdet sind. Es ist auch ein Schlag ins Gesicht für alle Frauen: Denn wie verlogen ist es die Debatte um die innere Sicherheit in Deutschland durch die Instrumentalisierung von Frauen („Stadtbild“ / „Fragt Eure Töchter“) zu führen und im selben Atemzug eine Regierung anzuerkennen, die Frauen die geringsten Rechte abspricht? Wir Grüne setzten uns gegen diese verlogene Politik entschieden ein. Menschenrechte sind unteilbar.

Wir müssen aus den Fehlern in Afghanistan lernen und wenn möglich sollten diese Fehler korrigiert werden. Dies ist unabdingbar für den Grundsatz unseres Handelns als Grüne: die Sicherung eines nachhaltigen Friedens und die Wahrung der Menschenrechte.

Begründung

Aus den Fehlern in Afghanistan müssen wir lernen, daher darf Afghanistan nicht aus dem Blick grüner Aussenpolitk geraten.
Wir als Grüne müssen uns an die Seite der Menschen in Afghanistan und gegen den aktuellen Kurs der Bundesregierung stellen. Mit dem Ziel mehr Abschiebungen nach Afghanistan zu ermöglichen plant die Bundesregierung, die Taliban diplomatisch aufzuwärten. Es wäre unhaltbar sollten die Taliban in Deutschland eine Vertretung eröffnen dürfen. Es wäre ein verrät an unsere demokratische Werte. Dies würde auch die Sicherheit von Afghanen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, in Deutschland gefährden.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Hoffmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Farid Abdullah Najem (KV Hamburg-Mitte); Claudia Roszak (KV Hamburg-Mitte); Andreas Meyer-Delius (KV Hamburg-Mitte); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Anja-Katharina Neukirch (KV Oldenburg-Stadt); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Jens Evers (KV Hamburg-Wandsbek); Stephan Krause (KV Hamburg-Mitte); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Cornelia Bartsch (KV Hamburg-Harburg); Christine Baeyer (KV Hamburg-Harburg); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jan Vlamynck (KV Hamburg-Bergedorf); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Thomas Maack (KV Hamburg-Harburg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.